
Herder Korrespondenz

Heft 6

34. Jahrgang

Juni 1980

Wer etwas liebt, auch wenn er nicht geliebt wird, der läßt auf Erden endlich etwas Neues wachsen.

Bischof Joachim Meisner

Eine Wende wäre überfällig

Wenn nicht alle Vermutungen fehlgehen, läuft die Entwicklung in der Bundesrepublik gegenwärtig auf eine *Festschreibung der politischen Verhältnisse* hinaus, wenigstens parlamentarisch-parteienpolitisch und auf mittlere Frist. An dieser Grundtendenz wird das Auf und Ab momentaner Stimmungen wenig ändern.

Ein doppeltes Phänomen

Seit 1978, wenn nicht gar schon seit Kreuth, sind Wahlergebnisse, wenigstens in der Tendenz, wenn schon nicht in Prozentsätzen, gleichsam im voraus berechenbar geworden. Eine in früheren Legislaturperioden fast automatisch wirksame Regel, daß Landtagswahlen innerhalb einer Legislaturperiode im Durchschnitt zu Lasten der im Bund Regierenden gehen, hat sich in das genaue Gegenteil verkehrt: die Opposition verliert, und die Regierung gewinnt beträchtlich hinzu, was nach den Vorgängen in der Union seit Herbst 1976 auch gar nicht überraschen kann: Eine Parteiengruppierung, die nicht nur das eigene Personal, sondern das eigene Wahlergebnis demontiert, kann auf Dauer kaum mit der Geduld des Wählers rechnen. Hohe Wahlergebnisse, wie das der Union von 1976, sind zudem Glücksfälle, Ergebnis vieler für den Zugewinner günstiger Konstellationen, die sich selten wiederholen. Und die Union hat durch jahrelangen Personalstreit anstelle von Sachpolitik ziemlich viel dafür getan, daß sich ein solcher Glücksfall in absehbarer Zeit nicht wiederholen kann.

Als die Regierung schwach war, hat sie sich als Opposition im wesentlichen mit sich selbst beschäftigt. Jetzt, wo die Regierung innenpolitisch kaum auf Gegenwind trifft und außenpolitisch mit ihrem vorsichtig-distanzierten Krisenmanagement von einer Welle nationaler Zustimmung getragen wird, kann die Opposition, von der für sie besonders ungünstigen augenblicklichen personellen Konstellation einmal ganz abgesehen, was außenpolitische Vorsicht und Moderatheit betrifft, nur zur Regierung aufschließen und/oder gleichzeitig auf eine nicht sachpolitische, sondern primär emotionale Polarisierung zwischen Richtungen und Personen setzen.

Beides aber ist in der gegebenen Situation nicht plausibel und wirksam genug, um vor allem den Wechselwähler zu einer Kehrtwendung zu bewegen. Man mag diese Entwicklung weniger als Sympathisant dieser oder jener politischen Gruppierung, sondern als Staatsbürger bedauern, weil die Solidität einer Demokratie auch in ihrer Fähigkeit zum Wechsel liegt, weil ein solcher Wechsel nach drei Legislaturperioden sozialliberaler Regierung durchaus belebend und vor allem im Blick auf die inneren Spannungen in der deutschen Sozialdemokratie klärend wirken könnte und weil zu erwarten ist, daß, da ein Wechsel jetzt schier unmöglich geworden ist, sich ein solcher auch in naher Zukunft wird schwer bewerkstelligen lassen. Aber dies ist nun einmal die Lage.

Es kommt ein Zweites hinzu: die *Wählerbewegungen* sind ziemlich massiv, und zwar vor allem unter zweierlei Aspekt *trendbildend*. Einmal zeigt sich, daß die Unionsparteien in den Großstädten, wo sie in den Jahren 1974 bis 1976 stark hinzugewonnen hatten, wieder an Boden verlieren, vor allem in den Großstädten wieder in eine Minderheitensituation geraten. Gleichzeitig aber setzt sich – und das ist für unseren Betracht das Entscheidendere – die Abflachung in den Hochburgen fort, und zwar augenblicklich einseitig zu ungunsten der Unionsparteien. D. h., der Stamm sicherer Traditionswähler wird vor allem für die Unionsparteien kleiner. Auch die noch relativ geschlossenen Milieus auf dem flachen Lande und in katholisch geprägten Mittel- und Kleinstädten öffnen sich mehr und mehr einem pluralistischen Wählerverhalten. Die Unionsparteien können sich keines Milieus mehr sicher sein.

Der *Einfluß der Religion* auf die Wahlentscheidung geht weiter zurück – trotz fortbestehender Dominanz der Union bei Kirchentreuen beiderlei Konfession. Und selbst diese Dominanz wird schwächer, vor allem – und das ist der zweite wichtige Aspekt – bei der *Jungwählerschaft*. Was immer die Motive sein mögen: die Jungwähler verhalten sich anders als die Altwähler. Das für die Union bei den Erst- und Jungwählern nie voll ausgleichbare Defizit vergrößert sich. Immer mehr Jugendliche, auch solche aus katholischen Elternhäusern, geben ihre Stimmen der SPD oder den „Grünen“. Und es ist, jedenfalls was den

Trend weg von den Unionsparteien betrifft, nicht anzunehmen, daß es sich dabei nur um eine vornehmlich personell bedingte Wellenbewegung, sondern um eine *Umorientierung auf Dauer* handelt.

Das gleiche gilt für Verschiebungen bei Altwählern in den Hochburgen der Union. Zwar ist auch dort das personelle Element als Antrieb zum Wechsel im Wählerverhalten nicht auszuschließen – gerade für manche praktizierenden Christen mochte in NRW das personelle Angebot nach dem Tode *Heinrich Köpplers* in der Kombination *Biedenkopf-Strauß* nicht attraktiv gewesen sein. Aber die Veränderungen im Wählerverhalten gerade auch im katholischen Bevölkerungsteil gehen zweifellos tiefer. Das konfessionelle Element tritt insgesamt zurück: Man wählt die Partei, die einem sympathischer ist und der man im Blick auf die Realisierung der eigenen politischen Vorstellungen mehr zutraut. Und diese Vorstellungen sind nur in den seltensten Fällen so sehr religiös oder konfessionell besetzt, daß religiöse Gesichtspunkte zum bestimmenden Element einer Wahlentscheidung werden. Diese Entwicklung hat nun auch die letzten großen Residuen selbstverständlicher Einheit von Katholizismus und christlich-demokratischer Tradition erreicht. Wer bisher auf eine solche Einheit gesetzt hat, mag auch diese Entwicklung bedauern; sie ist aber nur die folgerichtige Wirkung einer wirklich weltlich gewordenen Gesellschaft.

Die Reihen fester schließen?

Während also – in einem durchwegs konservativen Grundklima – die politische Entwicklung zugunsten der deutschen Sozialdemokratie unter einem mehr bürgerlichen als sozialistischen Kanzler läuft und der längerfristig wirksame Trend zur Abkoppelung von religiöser Zugehörigkeit und politischer Präferenz sich fortsetzt und verschärft, geschieht *innenkatholisch* im Augenblick eher das Umgekehrte: Man möchte die eigenen Reihen auch politisch wieder enger schließen durch eine Verdeutlichung des Überzeugungszusammenhangs zwischen einem gesellschaftlich aktiven Verbandskatholizismus und der Politik der Unionsparteien. Dabei dient manchem auch eine durchgängige Geschlossenheit ihrer Sachausagen wieder zu revitalisierende *katholische Soziallehre* – irgend jemand warnte erst dieser Tage vor dem „Fahrwasser offener Sätze“ – als normativer Verstärker.

Ist der deutsche Katholizismus damit aber gut beraten? Zunächst: Verständlich ist eine solche ideelle und politische Strategie durchaus. Das *Verhältnis zwischen katholischer Kirche und deutscher Sozialdemokratie* ist trotz aller periodisch unternommener Entspannungsversuche nach wie vor belastet. Geschichtliche Traumata wirken nach – trotz mancher Verwandtschaften in sozialen Grundüberzeugungen.

Die Welle des *Neomarxismus*, die in den sechziger Jahren die Partei von unten erfaßte, hat die katholische Seite zusätzlich mißtrauisch gemacht. Man fürchtet weiterhin eine Wiederbelebung kollektivistischer, freiheitsbedrohender

Tendenzen durch diese Partei und verweist auf die Kluft zwischen „oben“ und „unten“ oder zwischen „links“ und „rechts“ in der SPD. Die verstärkte Trendanfälligkeit gerade dieser Partei – vermutlich weil sie sehr „bürgerlich“ geworden ist und deswegen auf Veränderungen in der Gesamtgesellschaft besonders sensibel und Trends aufnehmend reagiert – wird ihr als etwas angelastet, was mehr oder weniger zu ihrem jeweils an kollektivistischen, letztlich freiheitsfeindlichen Leitideen genesen wollenden Wesen gehört.

Die *Auseinandersetzung um den § 218* ist noch längst nicht beendet und nicht bewältigt, obwohl hier die FDP wenigstens ebenso stark initiativ war und heute auch in der Union niemand an eine Gesetzesänderung denkt. Das Image *sozialdemokratischer Bildungspolitik* ist – nicht nur auf katholischer Seite und bei Gott nicht ohne Schuld auch gemäßigter Sozialdemokraten mit dem Makel einseitiger und institutionenfeindlicher Konfliktpädagogik behaftet. *Familienpolitisch* gelten die Sozialdemokraten der katholischen Seite – wiederum nicht ohne eigenes Zutun – als suspekt, und zwar weniger wegen zu geringer Aktivität in bezug auf dieses „katholische“ Grundanliegen, sondern wegen der vorrangig vertretenen Leitbilder, die die Familie in ihrer eigentlichen Funktion als menschlicher Lebensraum und Lebensgemeinschaft wenigstens institutionell gar nicht zu erfassen scheinen. Hinzu kommen die nach wie vor keineswegs immer unbegründeten Querelen über *Benachteiligung katholischer Träger* etwa im Bereich der Krankenhausfinanzierung oder in verschiedenen Bereichen der Sozial- und Beratungshilfe.

Und schließlich artikulieren sich *antikirchliche Stimmungen*, die es in einer weltanschaulich teils pluralistisch, teils antagonistisch orientierten Gesellschaft latent oder offen auch immer gibt, mit Vorliebe, wenn auch keineswegs ausschließlich, in Teilen der sozialdemokratischen Basis und in der sozialliberalen Wählerschaft und da und dort auch bei deren Mandatsträgern. Für eine stärkere Öffnung auf die deutsche Sozialdemokratie oder gar für eine Verständigung mit ihr mag es also, von der Regierungsmacht abgesehen, die man kirchlich so oder so nicht ignorieren kann, wenig zwingende Anlässe oder Gründe geben.

Verständlich ist der Zug zu einem neuen *Schulterschluss zwischen dem deutschen Katholizismus und den Unionsparteien* auch aus einer anderen Perspektive. Der deutsche Katholizismus ist wie die gesamte Kirche, jedenfalls in seinen führenden Sprechern, aufs neue auf der *Suche nach mehr Identität*. Diese schien seit den sechziger Jahren mehr und mehr brüchig geworden zu sein. Zu viele Unterschiede, ja Gegensätzlichkeiten im Bereich der Dogmen und Normen waren sichtbar geworden. Das schwächte die Überzeugungskraft nach innen und außen. Im stets unvollendeten Versuch unter Anerkennung der Autonomie der verschiedenen Sach- und Lebensbereiche mehr, als es katholischer neuzeitlicher Tradition entsprach, sich den verschiedenen sozialen und politischen Strömungen, die, aus welcher Motivation auch immer, sich um das Wohl des Menschen mühen, zu öffnen, hat zu einer Verundeut-

lichung der eigenen Grundsätze geführt und zu einer zunehmenden Beliebigkeit im gesellschaftlich-politischen Verhalten.

Es gibt deshalb so manchen verantwortlichen deutschen Katholiken, der den sozial-politischen, auf die ethischen Grundsätze ausstrahlenden Pragmatismus von „Mater et magistra“ und der nachfolgenden Enzykliken nicht verkräftet hat und der sich insgeheim immer noch nach der Unübertroffenheit Gundlachscher Synthesen aus der Zeit Pius' XII. zurücksehnt. Der jahrelange Streit um innerkirchliche Partizipation bei gleichzeitiger Diversifizierung gesellschaftlicher Meinungs- und Handlungsmuster, der zu weitgehender politisch-sozialethischer Konzeptionslosigkeit und Untätigkeit führte, hat diese Sehnsucht zurück noch verstärkt, ihr zusätzliche Plausibilität gegeben. Jetzt werden unter Führung des Papstes die Zügel insgesamt angezogen, bemüht man sich in allen Bereichen, wo Kirche präsent und aussagekräftig ist, um neue *Verdeutlichung von Grundsätzen und Normen* in der Perspektive von mehr Klarheit und Geschlossenheit. Da liegt der Versuch nahe, diese Strategie auch auf den politischen Bereich und auf das Verhältnis zu den Parteien auszudehnen. Ohnehin hat ja die Nähe zwischen Unionsparteien und katholischen Verbänden in den Ideen, in den Sachaussagen und in der Darstellung der Sachaussagen durch Personen trotz aller Diversifizierungen an der katholischen Basis und im Wechselspiel zwischen dieser und gesamtgesellschaftlichen Einflüssen – mit Ausnahme in den letzten Jahren bei den Jugendverbänden – lange vorgehalten. Auch wenn, gerade auch in solchen Verbänden, immer häufiger und lauter geklagt wird, die Union nehme zwar Stimmen und Wahlhilfe entgegen, kümmere sich aber wenig um die dazu gehörenden Anliegen, sondern sei als Volkspartei auf der Suche nach einer Mehrheit lieber „liberal“.

Der entgegengesetzte Trend in manchen *Jugendverbänden*, wo die Öffnung hin zu einem wirklichen Pluralismus Schlagseite in Richtung sozialistischer oder bürgerlich-emanzipativer Leitbilder erhält, bietet wegen mancher ideologischen Verfremdung des katholischen Propriums natürlich auch wenig Ermutigung, der gleichen oder einer ähnlichen Richtung zu folgen. Im Gegenteil! Das pseudo-revolutionäre Vokabular mancher Jugendfunktionäre ist die denkbar schlechteste Empfehlung für eine wirkliche kirchliche Öffnung im Katholizismus auf den vorhandenen Parteienpluralismus.

Und schließlich tut auch hier die *Suggestionkraft der Einfachheit* ein übriges. Es ist „einfacher“, religiöse Überzeugungen unmittelbar auf politisches Verhalten zu übertragen und katholische Anliegen entsprechend parteipolitisch zu formulieren, als bei der politischen Verwirklichung christlicher oder einfach ethischer Grundsätze sich auf die differenzierte Eigengesetzlichkeit politischer Gestaltungsmöglichkeiten einzulassen. Zumal langwierige Unterscheidungen die gewünschte klare Einteilung der „Lager“ gefährden oder unmöglich machen würden. Der deutsche Katholizismus ist groß geworden in der Selbstbehauptung gegenüber einem protestantisch-preußisch-freisinnig geprägten Deutschland. Minderheiten, die sich

behaupten müssen, lieben klare Fronten und berechenbare Gegnerschaften. Man schleppt *Minderheitsverhalten* mit sich, auch wenn man im alten Sinne längst keine Minderheit mehr ist. Man meint die Identität nur bewahren zu können, wenn man die eigenen Grundsätze durch eine eigene oder wenigstens verwandte Formation im politischen Raum abgesichert weiß.

Was an politischer Leistung verlangt wird

Ist es aber das, was dem deutschen Katholizismus an *politischer* Leistung abverlangt wird? Wer allein auf die Wahrung des eigenen Profils bedacht ist, mag das so sehen, obwohl eine enge Bindung der gesellschaftlichen Präsenz des Katholizismus an eine Partei oder an eine bestimmte Parteiengruppierung gerade *auch* eine Verwischung dieses Profils zur Folge hat, jedenfalls dann, wenn wegen der teilweisen Identität von Personen und Sachaussagen Grundsatzklärungen von Verbänden oder katholischen Gremien in Form und Sache von Erklärungen einer Partei als wahlkämpfender Instanz nicht mehr zu unterscheiden sind. (Nicht selten aber war es bis hinein in Erklärungen des ZdK selbst in der allerletzten Zeit noch so.)

Aber davon abgesehen, würde der deutsche Katholizismus damit weder seiner eigenen Lage noch seiner Aufgabe gerecht. Die katholische Bevölkerung und auch die katholische Kirche als Glaubensgemeinschaft und gesellschaftliche Institution ist heute völlig in das politische Leben der Bundesrepublik integriert, sie ist im „alten“ Sinne keine Minderheit. Sie ist aber Minderheit auf „neue“ Weise, insofern sie teilhat an der Minderung des Einflusses der christlichen Kirchen auf die Gesellschaft insgesamt. Und zwar nicht, weil die eine oder andere Gruppierung in einer prinzipiellen Feindschaft gegenüber christlichen Einflüssen die Kirchen mit Bedacht und fast gewaltsam zurückdrängen möchte, sondern weil dieser Einfluß auf Grund der veränderten Lebensverhältnisse, auch auf Grund der Schwierigkeiten der Kirchen und der Christen selbst, diese mit Lehre und Zeugnis zu durchdringen, in der Bevölkerung zurückgegangen ist.

Das pluralistischere Wahlverhalten auch der Katholiken ist nur ein Ausdruck unter vielen dafür. Gerade *in dieser Situation* kann es nicht Aufgabe des Katholizismus insgesamt sein, weder soweit er sich innerkirchlich in den Gremien noch soweit er sich gesellschaftlich in den Verbänden formiert, die Gesellschaft als ganze vorschnell über die Parteien zu vermessen, auf die einen aus Prinzip zu setzen und die anderen ebenso aus Prinzip abzuweisen und damit selbst *parteilich* zu werden. Das geht einmal der Kirche wegen nicht: ihr und der Christen Auftrag ist auch unter Gesichtspunkten der politischen Diakonie das Ganze der Gesellschaft. Sie muß also, bevor sie auf Parteien sieht, ihren Dienst der Hilfe und der Kritik der Bevölkerung als ganzer leisten. Sie kann das nicht, wenn sie sich vorweg einseitiger Bindungen bedient. Es geht aber auch wegen der *Parteien* nicht. Gegenüber der jeweils „gegnerischen“ nicht, weil so vielfach auf sie allein projiziert wird, was an

Übeln in der Gesellschaft als ganzer am Werk ist, auch wenn sie durch Programm, Mandatare oder Mitgliedschaft gelegentlich zu deren Vehikel oder Katalysator wird. Gegenüber der jeweils „befeundeten“ nicht, weil diese mit Erwartungen belastet wird, die eine *Volkspartei*, die für sich die *Mehrheitsfähigkeit* anstrebt und diese des politischen Gleichgewichts wegen auch anstreben muß, nie, und zwar trotz der Berufung auf das christliche Menschenbild als Grundlage ihrer Politik, wird einlösen können. Mehr Distanz zueinander und mehr Offenheit gegenüber demokratischen Parteien insgesamt ist deswegen sowohl im Interesse der Kirche wie der Parteien – auch der christlichen. (Damit verliert die Berufung auf das christliche Menschenbild nicht ihre Legitimität, auch wenn für Volksparteien das „C“ im Namen angesichts derer, die sie wählen und die sie führen, immer fragwürdiger wird. Wird es programmatisch und in der praktischen Politik ernst genommen, dann wird deren Mehrheitsfähigkeit nicht erleichtert, sondern erschwert. Und wenn es nur rhetorisch obenan steht, sind die christlichen Kirchen blamiert.)

Wenn also irgendwo eine *Wende* im deutschen Katholizismus notwendig wird, dann diese, daß Kirche und Katholizismus die Fähigkeit erwerben, Parteien nicht nach ideenverwandtschaftlicher Nähe oder Ferne *allein*, sondern *vor allem* nach ihrer faktischen Politik zu beurteilen. Das hat nichts mit Äquidistanz zu tun. Die unterschiedliche Nähe und Ferne mag bei verminderter Bedeutung, so weit sie kulturell, geschichtlich oder auch konfessionell bedingt ist, bleiben. Es geht nur darum, daß der Katholizismus in der Lage sein muß, unabhängig davon, welche

Partei eine Sache vertritt, aus der Sache selbst zu kritisieren, abzulehnen oder zu akzeptieren, was unabhängig vom parteipolitischen Ort verworfen oder akzeptiert werden muß oder kann. Daß der organisierte deutsche Katholizismus in seiner faktischen Verfassung davon noch meilenweit entfernt ist, steht außer Frage. Der Eifer, mit dem man den *Äquidistanzbegriff* immer wieder aufgreift, um ihn aufs neue zurückzuweisen, obwohl er sich erledigt hatte, noch bevor er in die Diskussion gebracht wurde, verdeutlicht das nur. Man kann es sich aber – wie in den letzten Jahren häufig geschehen – auch nicht so einfach machen, daß man es *allein* zur Sache der Parteien erklärt, Nähe und Ferne zu bestimmen. Kirche und Katholizismus bestimmen das Verhältnis auf jeden Fall in dem Maße mit, in dem sie den einzelnen Parteien in der Wertung ihrer Politik in bezug auf die von der Kirche selbst vertretenen Normen und in bezug auf die Aufgaben, die eine Volkspartei in einer pluralistischen Gesellschaft hat, gerecht oder nicht gerecht werden. Wer sehr großzügig die Anstrengung der Verhältnisbestimmung „den anderen“ überläßt, setzt sich leicht dem Verdacht aus, sich selbst hinter nicht mehr ganz haltbaren Positionen zu verstecken. Soviel Beweglichkeit, daß dieser Verdacht ausgeräumt wird, ist katholischerseits für absehbare Zeit (vgl. die eingangs geschilderten Veränderungen in der gesamten politischen Landschaft) schon im ureigenen Interesse. Die Konfliktaustragung wird dadurch nicht leichter, eher schwerer und vielfältiger, aber auf jeden Fall redlicher und insoweit doch auch der eigenen Identität gemäßer.

D. A. Seeber

Vorgänge

Priesterausbildung: spirituelle Weichenstellung

Kirchliche Vorschläge oder Richtlinien zur Priesterausbildung sind keine Nebensächlichkeiten, die man mehr am Rand zur Kenntnis nehmen müßte. Schließlich ist der theologische wie auch der konkret-pastorale Stellenwert des katholischen Amtspriestertums trotz aller Diskussionen und mancher Veränderungen noch so hoch, daß Weichenstellungen der Kirche im Hinblick auf die Ausbildung zukünftiger Priester auch Rückschlüsse auf *generelle Schwerpunkt-*

setzungen oder -verschiebungen zulassen. Priesterbild und Kirchenbild hängen eng zusammen.

In diesem Zusammenhang verdient ein vom 6. Januar datiertes und im *Osservatore Romano* vom 12. April veröffentlichtes Dokument der römischen Kongregation für das katholische Bildungswesen Interesse. Es trägt die Überschrift „Rundschreiben über einige besonders dringliche Aspekte der spirituellen Bildung in den Seminaren“ und will ebenso wie eine

gleichzeitig veröffentlichte, allerdings schon vom 3. Juni 1979 datierte „Instruktion über die liturgische Bildung in den Seminaren“ eine Weiterführung der nachkonziliaren Erneuerung der Priesterausbildung sein, wie sie sich vor allem in der Grundordnung von 1970 und den durch einzelne Bischofskonferenzen erarbeiteten Rahmenordnungen niedergeschlagen hat.

Das an alle Bischöfe der Kirche gerichtete Schreiben spricht seinem Gegenstand eine kaum zu überbietende Bedeutung zu: „Die Zukunft der Kirche entscheidet sich gegenwärtig vor allem an der spirituellen Bildung der zu-